



Auszug aus dem Jahresgutachten 2009/10

**Die deutsche Volkswirtschaft nach dem Wachstumseinbruch**

( Ziffern 71 bis 104 )

## II. Die deutsche Volkswirtschaft nach dem Wachstumseinbruch

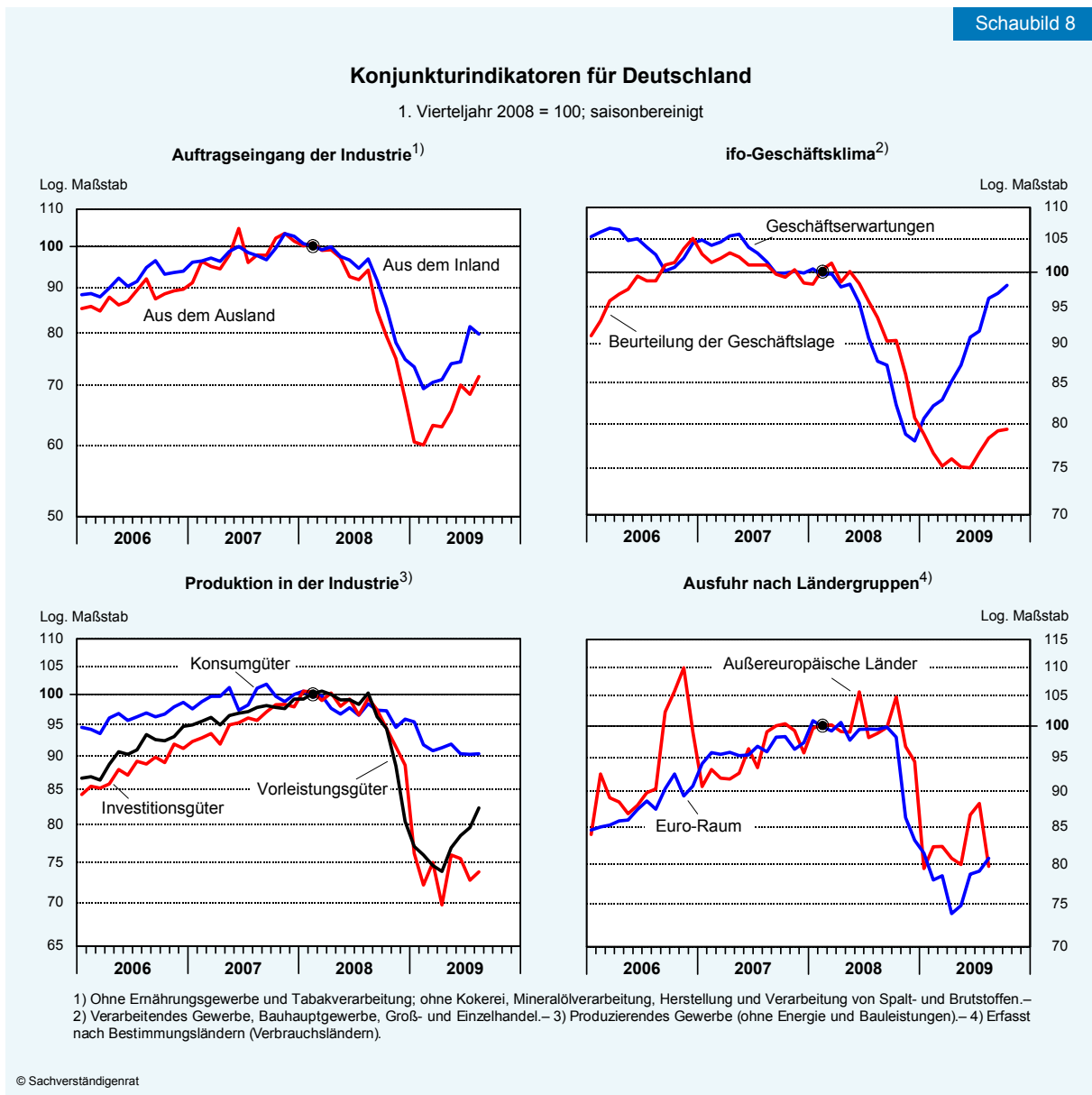
**71.** Nach dem dramatischen **Rückgang der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/2009** hat sich die deutsche Konjunktur zur Jahresmitte stabilisiert. Der Einbruch war gekennzeichnet durch einen historisch einmaligen Rückgang der Exportnachfrage und der Ausrüstungsinvestitionen. Die zunächst verhaltene Reaktion der Importe trug zu einer erheblichen Belastung durch den Außenbeitrag bei. Die Insolvenz von Lehman Brothers verdeutlichte und verschärfte das Ausmaß der globalen Finanzkrise, es kam zu einem abrupten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit. Die Wirtschaftsentwicklung wurde von einer Schockstarre erfasst.

Der synchrone weltweite Nachfragerückgang traf die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Vergleich besonders hart (Expertise 2009). Der Exportrückgang in der ersten Jahreshälfte 2009 beziffert sich auf 18,9 vH. Aufgrund der sinkenden Auslandsnachfrage wurden die Ausrüstungsinvestitionen deutlich zurückgefahren; im ersten Halbjahr 2009 um 21,8 vH gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe sank bis zur Jahresmitte 2009 auf 71,3 vH (Anhang V, Tabelle 33\*). Die Wirtschaftsleistung wurde damit auf das Niveau des Jahres 2005 zurückgeworfen. Um die Dynamik der Abwärts Spirale zu stoppen, ergriff die Wirtschaftspolitik weitreichende Maßnahmen. Die Bundesregierung legte breit angelegte Pakete zur Konjunktur stabilisierung auf, die im Zusammenspiel mit den Programmen anderer Länder zu einer Stützung der Nachfrage und einer Stabilisierung der Erwartungen beitrugen (Ziffern 244 ff.).

**72.** Mit einer positiven Zuwachsrate von 0,3 vH im Vergleich zum Vorquartal fand der über vier Quartale andauernde Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2009 ein Ende. Harte wie weiche Konjunkturindikatoren deuten auf eine Trendwende in der zweiten Jahreshälfte hin (Schaubild 8). Die Auftragslage aus dem Inland und Ausland hat sich erholt und lässt, ebenso wie die beiden Komponenten des ifo-Geschäftsklimaindex, auf eine anhaltende Verbesserung der Produktion im weiteren Jahresverlauf schließen, wenngleich auf niedrigem Niveau. So konnten sich die Produktion, insbesondere von Vorleistungsgütern, inzwischen deutlich verbessern und die Ausfuhr sich stabilisieren. Allmählich lässt die Schockstarre nach, die seit dem Herbst 2008 auch die hiesige Wirtschaft gelähmt hatte.

Aktuell befindet sich die deutsche Volkswirtschaft in einer Situation, in der die zwar wenig ausgeprägten aber dennoch vorhandenen außenwirtschaftlichen Impulse eine zögerliche Erholung eingeleitet haben. Vor dem Hintergrund des Abbaus weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte und auslaufender Konjunkturprogramme ist jedoch bestenfalls mit einer fragilen Aufwärtsdynamik zu rechnen. Zudem ist davon auszugehen, dass ein Teil der Erholung zur Jahresmitte 2009 Spiegelbild der Schärfe des Einbruchs ist: So ist der Anstieg der Produktion zum Teil nur einem kurzfristigen Auffüllen der in der Krise abgebauten Lager geschuldet und könnte sich demzufolge auch wieder abschwächen. Schwerer jedoch wiegt die Gefahr, dass es als Folge der Krise zu einer negativen Beeinträchtigung des Produktionspotenzials kommt und binnenwirtschaftliche Zweitrundeneffekte die Bewegung zurück zum ursprünglichen Potenzialpfad behindern.

Schaubild 8



## 1. Auswirkungen der Krise auf das Produktionspotenzial

**73.** Die Schätzung des Produktionspotenzials ist aktuell mit großen Unsicherheiten verbunden. Dies zeigen schon die Ergebnisse unterschiedlicher Schätzverfahren (JG 2007 Ziffern 693 ff.). Die Ergebnisse alternativer Ansätze können jedoch als obere beziehungsweise untere Grenze für das Potenzialwachstum interpretiert werden:

- Auf **Filterverfahren** beruhende Schätzungen liefern aktuell nur sehr geringe Werte für das Potenzialwachstum. Sie legen nahe, dass sich das Produktionspotenzial im Jahr 2009 lediglich mit einer Rate von minus 0,2 vH bis plus 0,3 vH verändert hat (Tabelle 6, Seite 50). Der Grund hierfür liegt in der starken Betonung des Konjunkturunbruchs am aktuellen Rand. Daher ist dieses Ergebnis als untere Schranke für die Entwicklung des tatsächlichen Produktionspotenzials zu interpretieren.

- Die strikte Anwendung des **produktionstheoretischen Verfahrens** des Sachverständigenrates führt hingegen zu dem Ergebnis, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2009 noch mit einer Rate von 1,7 vH gewachsen ist; somit wäre die Zuwachsrate so gut wie unverändert gegenüber der des Vorjahrs. Allerdings basiert diese Schätzung auf Jahresdaten, die lediglich bis zum Jahr 2008 vorliegen. Mögliche negative Auswirkungen der Krise auf das Produktionspotenzial sind somit noch nicht vollständig berücksichtigt.

Empirische Studien zeigen jedoch, dass Wirtschaftskrisen, insbesondere wenn sie mit einer Finanzkrise einhergehen, signifikante Auswirkungen auf das Produktionspotenzial haben können (Cerra und Saxena, 2008). Nach Schätzungen des IWF (2009) ist das Niveau des Produktionspotenzials noch sieben Jahre nach dem gemeinsamen Auftreten einer Wirtschafts- und Finanzkrise um fast 10 vH geringer als in einer hypothetischen Situation ohne Krise. Furceri und Mourugane (2009) finden zudem einen signifikant negativen Einfluss von Finanzkrisen auf die Potenzialwachstumsrate. Insofern ist die mit dem produktionstheoretischen Verfahren ermittelte Zuwachsrate als eine obere Grenze für das Potenzialwachstum anzusehen.

**74.** Das von den unterschiedlichen Verfahren aufgespannte Intervall von minus 0,2 vH bis 1,7 vH als mögliche Werte für das Potenzialwachstum des Jahres 2009 spiegelt die große Unsicherheit wider, mit der die Schätzungen derzeit behaftet sind. Um eine Annäherung an die tatsächliche Zuwachsrate des Produktionspotenzials zu erhalten, liegt es nahe, mögliche Auswirkungen der Krise im produktionstheoretischen Verfahren zu berücksichtigen. Die Kanäle, über die sich eine Rezession auf das Produktionspotenzial auswirken kann, sind vielfältig. Grundsätzlich kann einer **Wachstumszerlegung** folgend die Entwicklung des Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und der totalen Faktorproduktivität von einer Wirtschaftskrise beeinträchtigt werden.

**75.** Eine Reduktion des **Arbeitskräftepotenzials** ist dann zu erwarten, wenn sich ein Teil der in der Krise gestiegenen kurzfristigen Arbeitslosigkeit verfestigt und zu einer höheren gleichgewichtigen Arbeitslosigkeit führt. Derselbe Effekt ergibt sich, wenn eine länger anhaltende Rezession einen Teil der Arbeitssuchenden entmutigt, sodass sie die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgeben und sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Anzumerken ist, dass die hier beschriebenen Effekte zwar Auswirkungen auf das Niveau des Produktionspotenzials, nicht aber auf dessen Zuwachsraten haben.

**76.** Ebenso beeinflussen schwere Krisen über die Investitionstätigkeit und die Abschreibungen die Kapitalakkumulation und somit die Höhe des **Kapitalstocks**. Erstens verschlechtern Finanzkrisen die Investitionsbedingungen und damit die Kapitalakkumulation. Hiervon zeugen die während der Finanzkrise sprunghaft gestiegenen und gegenwärtig immer noch hohen Kapitalkosten. Zudem verlangen Banken bei der Vergabe von Krediten bessere Sicherheiten. Beide Effekte lassen einen Rückgang der Investitionstätigkeit erwarten. Die Verlangsamung der Kapitalakkumulation wird umso stärker ausfallen, je länger die durch höhere Kapitalkosten und durch eine geringere Kreditvergabeaktivität hervorgerufenen ungünstigen Finanzierungsbedingungen anhalten.

Zweitens bedingen Krisen oftmals einen Strukturwandel, der eine Reallokation von Ressourcen aus unproduktiven in produktive Firmen oder Sektoren notwendig macht. Kurzfristig wird es dadurch zu höheren Abschreibungen auf den existierenden Kapitalstock kommen. Mittelfristig steigt dadurch zwar die totale Faktorproduktivität; im Augenblick der Anpassung wächst aber der Kapitalstock mit einer geringeren Rate. Es ist davon auszugehen, dass schwere Rezessionen einen verstärkten Reallokationsbedarf nach sich ziehen oder zumindest offen legen. Insgesamt lassen diese Effekte für die nächsten Jahre also ein verlangsamtes Anwachsen oder sogar eine Abnahme des Kapitalstocks erwarten. Diese Entwicklung erreicht ihr Ende, sobald die durch die Krise erforderlichen Restrukturierungen abgeschlossen sind.

Inwieweit sich die Krise über die beschriebenen Kanäle schon auf die Zuwachsrate des Produktionspotenzials niedergeschlagen hat, lässt sich gegenwärtig nur schwer einschätzen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Trendentwicklung von Arbeitsvolumen und Kapitalstock zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht messbar von der Krise beeinträchtigt wurde: Zum einen ist der im Jahr 2009 beobachtete moderate Anstieg der Arbeitslosigkeit sicherlich zum größten Teil auf eine Erhöhung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Zum anderen kann für den Kapitalstock unterstellt werden, dass sich der für das laufende Jahr abzeichnende Rückgang der Nettoinvestitionen erst ab dem Jahr 2010 negativ auf den Kapitalstock auswirken wird.

**77.** Bislang wurde jedoch neben den reinen Mengeneffekten auf die Produktionsfaktoren noch nicht berücksichtigt, dass ein Teil der aktuell verfügbaren Produktionsfaktoren in der kurzen bis mittleren Frist nicht mehr so produktiv eingesetzt werden kann, wie dies vor der Krise der Fall war. Die Krise kann zu Abschreibungen auf das spezifische Humankapital führen, die sich in produktionstheoretischen Verfahren in einer **verringerten Faktorproduktivität** niederschlagen. Im Bereich der Automobilproduktion ist beispielsweise mit einer Verschiebung der Nachfrage hin zu kleineren, verbrauchsärmeren Modellen zu rechnen. Daher ist davon auszugehen, dass die bestehenden Produktionskapazitäten für größere Fahrzeuge auch nach der Krise nicht mehr voll ausgelastet werden. In diesem Fall wären sofortige Abschreibungen auf den Kapitalstock nötig, die sich erst in den nächsten Jahren in den Daten widerspiegeln. Aktuell käme es daher zu einer Überschätzung der totalen Faktorproduktivität.

Ohne Berücksichtigung dieser Aspekte bei der Ermittlung des Produktionspotenzials würde man dessen Zuwachrate überzeichnen. Eine Reduktion der totalen Faktorproduktivität ist konsistent mit empirischen Studien, die zeigen, dass schwere Krisen zunächst auf diese und erst danach auf die anderen Determinanten des Produktionspotenzials durchschlagen (IWF, 2009). Allerdings ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig, den beschriebenen Rückgang der Faktorproduktivität exakt zu quantifizieren. Eine plausible Approximationsmöglichkeit besteht allerdings darin, sich an dem Verlauf in den Jahren nach der letzten Phase eines gravierenden konjunkturellen Abschwungs zu orientieren.

Schreibt man den Produktivitätstrend auf diese Weise fort, lässt sich ein Szenario für die Entwicklung des Produktionspotenzials im nächsten Jahr ableiten. Zu diesem Zweck wird für die totale Faktorproduktivität die durchschnittliche Zuwachsrate in den fünf Jahren nach der letz-

ten mit Finanzmarkturbulenzen verbundenen Wachstumsschwäche im Jahr 2002 unterstellt. Die Pfade von Arbeitsvolumen und Kapitalstock bleiben hingegen unverändert. Unter diesen Annahmen hat das Produktionspotenzial im Jahr 2009 um 0,9 vH zugenommen (Tabelle 6). Für die relative Output-Lücke ergibt sich damit ein negativer Wert von 5,2 vH.

Tabelle 6

### Zuwachsrate des Produktionspotenzials unter Verwendung ausgewählter Schätzverfahren

Jahr	Filterverfahren <sup>1)</sup> nach			Produktionstheoretisches Verfahren des Sachverständigenrates <sup>2)</sup>	
	Hodrick-Prescott	Baxter-King	Christiano-Fitzgerald	Standardverfahren	bei angepasster Faktorproduktivität
2008	0,5	0,9	0,9	1,7	1,7
2009	0,3	- 0,1	- 0,2	1,7	0,9
2010	0,4	0,2	- 0,1	1,8	0,7

1) Basis: Quartalsergebnisse.– 2) Basis: Jahreswerte.

**78.** Noch größere Unsicherheit besteht hinsichtlich der **mittel- bis langfristigen Wachstumsrate** des Produktionspotenzials. Diese wird wesentlich durch die Reaktion der Politik auf die schwere Rezession bestimmt. So besteht die Gefahr, dass eine Zunahme der Arbeitslosigkeit die Politik zu Maßnahmen veranlasst, die einen Teil der Beschäftigten zu einem dauerhaften Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt verleitet. Ein Beispiel hierfür ist die derzeit diskutierte Verlängerung der Regelungen zur Altersteilzeit. Ebenso wird es darauf ankommen, ob die Politik der Versuchung widerstehen kann, den Strukturwandel aus einem kurzfristigen Kalkül heraus durch die Rettung unproduktiver Unternehmen zu verzögern. Wenn die Krise jedoch erfolgreich zu einer Restrukturierung genutzt wird, kann dies langfristig über eine höhere totale Faktorproduktivität sogar zu einem schnelleren Potenzialwachstum führen. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist Schweden, dem es nach der schweren Bankenkrise Anfang der 1990er-Jahre zügig gelang, seinen Bankensektor zu restrukturieren und somit nach der Krise höhere Zuwachsraten des Produktionspotenzials zu verzeichnen.

## 2. Zweitrundeneffekte auf dem Arbeitsmarkt und den Finanzmärkten

**79.** Wie schnell die deutsche Volkswirtschaft ihren revidierten Potenzialwachstumspfad erreicht, hängt aktuell vor allem von zwei Faktoren ab: der **außenwirtschaftlichen Dynamik** und den möglichen Bremswirkungen, die binnenwirtschaftlich von den dem Konjunkturerinbruch folgenden **Zweitrundeneffekten** ausgehen. Wie oben dargestellt, steht die Weltwirtschaft zwar vor einer schwierigen und fragilen Phase der Erholung, trotzdem sind im Prognosezeitraum spürbare Impulse zu erwarten. Die an sich schon wenig ausgeprägte Aufschwungsdynamik könnte jedoch von einer Reihe von Effekten gebremst werden. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang vor allem die weitere Entwicklung am **Arbeitsmarkt** sowie der **Zugang zu Finanzierungsmitteln**.

## Problembereich Arbeitsmarkt

**80.** Der Arbeitsmarkt war trotz des drastischen wirtschaftlichen Einbruchs zumindest bis zum Herbst des Jahres 2009 durch eine **überraschend hohe Stabilität** gekennzeichnet. Im Vergleich zu anderen Ländern, in denen die Unternehmen überwiegend mit einem direkten Beschäftigungsabbau reagiert hatten, kam es in Deutschland trotz niedriger Kapazitätsauslastung nur zu einem unerwartet geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Reduktion der Arbeitszeit durch eine vorübergehende Absenkung der regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit, der Abbau von Arbeitszeitkonten und Überstunden sowie die Nutzung von Kurzarbeit haben dazu einen erheblichen Beitrag geleistet (Ziffern 409 ff.).

Ermöglicht wurde diese Entwicklung nicht zuletzt von der im Vergleich zu vorangegangenen Abschwüngen guten **Ausgangslage der Unternehmen**. So hat sich zwischen den Jahren 1998 bis 2007 die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen um 8 Prozentpunkte verbessert, was die Spielräume zu einer vorübergehenden Überbrückung von Nachfrageausfällen erhöhte (KfW, 2009b). Die moderate Lohnpolitik der letzten Jahre war dafür eine wichtige Voraussetzung. Nachdem die realen Lohnkosten im Zeitraum der Jahre von 1991 bis 2000 um 13 vH gestiegen waren, stagnierten sie seitdem. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich im selben Zeitraum um 16 vH und danach um weitere 8 vH bis zum Jahr 2008. Für die Entwicklung der realen Lohnkosten und der Arbeitsproduktivität ist somit seit Anfang des Jahrzehnts ein Auseinanderlaufen zu verzeichnen, dessen Ausmaß seit dem Jahr 2003 deutlich zugenommen hat. Durch den Rückgang der Lohnstückkosten konnten die Unternehmen ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel steigern.

**81.** Die aktuelle Tendenz, auf die Unterauslastung der Kapazitäten nicht sofort mit einer Entlassung von Arbeitskräften zu reagieren, reduziert die in den letzten Jahren aufgebauten Eigenkapitalpuffer. Nicht nur die Remanenzkosten der Kurzarbeit (Ziffer 411), sondern auch Kapitalkosten in Form von Zinsen und Abschreibungen schlagen hier zu Buche. Außerdem wird Liquidität gebunden, weil Umsätze einbrechen, aber große Teile des betrieblichen Aufwands unmittelbar auszahlungswirksam werden. Da **Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung** wichtige Faktoren bei der Kreditgewährung durch Banken sind, kann dies Folgen für die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen haben (KfW, 2008, 2009b).

**82.** Entscheidend für die weitere Entwicklung ist, wie die Unternehmen in den kommenden Monaten die Kosten der Weiterbeschäftigung relativ zu den Entlassungs- und späteren Such-, Einstellungs- und Einarbeitungskosten einschätzen werden. Dass die Kostenabwägung bisher zu Gunsten des Haltens der Arbeitskräfte ausgefallen ist, liegt nicht zuletzt an der Kostenerleichterung durch die Veränderung bei der **Kurzarbeiterregelung**. In den besonders betroffenen exportorientierten Industriezweigen des Verarbeitenden Gewerbes kommen erhöhte erwartete Entlassungskosten durch den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, Suchkosten bei der Rekrutierung von Fachkräften, insbesondere aus dem Bereich der MINT-Wissenschaften, sowie hohe Einarbeitungskosten hinzu. Die bisher stabile Entwicklung am Arbeitsmarkt ist mithin auch Ausdruck der besonderen Betroffenheit ausgewählter Wirtschaftszweige vom Rückgang der globalen Endnachfrage. Dies ist schon aus dem Umstand ersichtlich, dass vor allem Unternehmen aus dem Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) die

Flexibilisierung der Arbeitszeit mit knapp 80 vH der 1,4 Millionen Kurzarbeiter besonders nutzen. Hier ist die Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2009 im Vorjahresvergleich um mehr als 20 vH gesunken, die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten ist hingegen ungefähr konstant geblieben.

Bei einer **anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten** werden die Unternehmen die aus dem Halten der Arbeitskräfte resultierende Kostenbelastung nicht dauerhaft tragen können und müssen mit einer Anpassung der Beschäftigung reagieren. Momentan zeichnet sich ab, dass der Tiefpunkt des konjunkturellen Abschwungs im ersten Quartal 2009 bereits erreicht wurde. Es herrscht allerdings derzeit noch große Unsicherheit über die Dynamik der Erholung. Da nicht davon auszugehen ist, dass die Volkswirtschaft rasch zu ihrer Normalauslastung zurückkehren wird, sind weitere Entlassungen nicht zu vermeiden. Unter der Annahme, dass die Unternehmen die erheblichen Produktivitätsverluste seit Ausbruch der Krise zu einem größeren Teil in den Jahren 2009 und 2010 ausgleichen werden, ist deshalb von einem erheblichen Anstieg der Erwerbslosigkeit auszugehen. Dabei ist berücksichtigt, dass einige der Faktoren, die zu der beobachteten Stabilität des Arbeitsmarkts beigetragen haben, im Jahr 2010 weiter wirken. Falls aber die Unternehmen die Produktivitätsverluste vollständig ausgleichen oder bestehende Arbeitszeitverkürzungen in höherem Maße als erwartet zurückgenommen werden, dürfte der Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker ausfallen.

### Problembereich Finanzsystem

**83.** Seit Jahresanfang 2009 nehmen die Besorgnisse zu, eine **Verknappung der Kreditversorgung** oder „Kreditklemme“ könne eine sich selbst tragende konjunkturelle Erholung verhindern.

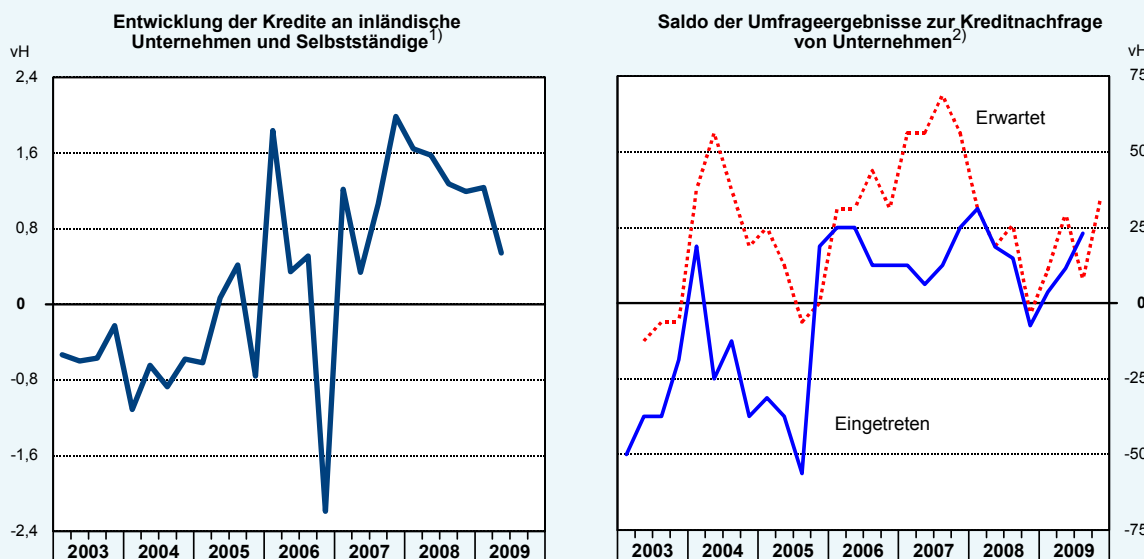
Unter einer **Kreditklemme** kann eine Situation verstanden werden, in der das Bankensystem das Kreditangebot nicht mehr ausweitet. Ursachen dieser Angebotsreaktion können einerseits bilanzielle Beschränkungen der Banken aufgrund von Verlustabschreibungen, verschärften Regulierungsvorgaben oder Liquiditätsengpässen sein. Andererseits können in einem wirtschaftlichen Abschwung besonders große Informationsprobleme zwischen Kreditnehmern und Kreditgebern auftreten. Im weiteren Sinne sollte der Begriff auch solche Situationen erfassen, in denen Unternehmen Beschränkungen bei der kapitalmarktbasierter Finanzierung unterliegen.

Tatsächlich ist es seit Ausbruch der Krise zu einer erheblichen Rückführung des Fremdkapitalhebels der Banken gekommen. Die mit diesem **Deleveraging** einhergehende Reduktion der Bilanzsummen betraf dabei zunächst vor allem Finanzierungsbeziehungen innerhalb des globalen Finanzsystems, insbesondere im internationalen Interbankengeschäft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es innerhalb Deutschlands zunächst zu einer starken Ausweitung der Kreditvergabe an nicht-monetäre finanzielle Unternehmen wie Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds und Zweckgesellschaften kam, die die Kreditvergabe insgesamt lange Zeit stützte. In jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen, dass **nichtfinanzielle Unternehmen** von den Anpassungen im Finanzsektor betroffen sind. Seit Mitte 2008 kam es zu einer deutlichen Abschwächung des Kreditwachstums in diesem Bereich (Schaubild 9 unten). Zwar lag das Vo-

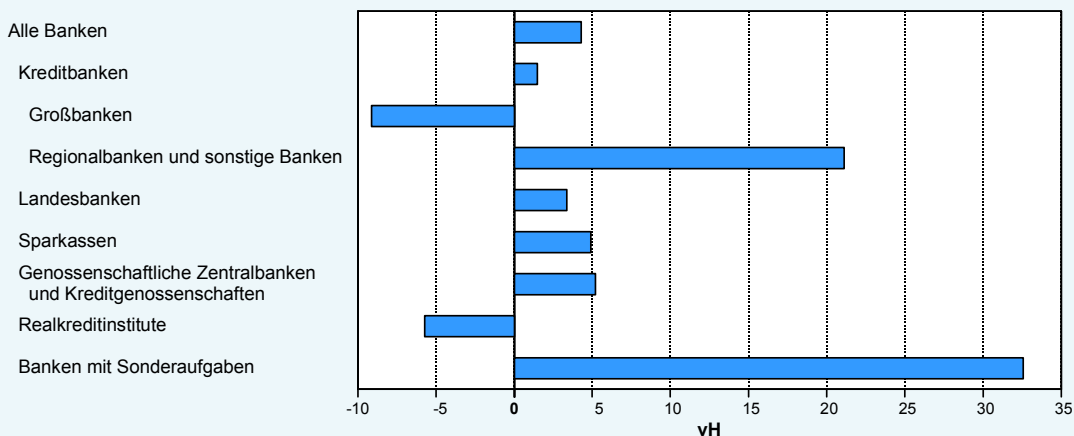
lumen der an Unternehmen und Selbstständige vergebenen Kredite auch im zweiten Quartal 2009 noch immer um 4,1 vH über dem Vorjahresniveau. Allerdings verlief die Kreditvergabe bei einzelnen Fristen oder Wirtschaftsbereichen sehr heterogen. So ging insbesondere die Vergabe kurzfristiger Kredite stark zurück. Der bis zuletzt verzeichnete Rückgang bewegt sich allerdings noch im Rahmen früherer Zyklen. Besonders augenfällig sind jedoch die Unterschiede bei einzelnen Bankengruppen (Schaubild 9). So schränkten die von der Krise besonders betroffenen privaten Großbanken ihre Kreditvergabe deutlich ein. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund des zu Beginn der Krise vollständigen Erliegens von Kapitalmarktfinanzierungen ist verständlich, dass zunächst vor allem große Unternehmen eine

Schaubild 9

Indikatoren zur Kreditvergabe an Private



Entwicklung der Kreditvergabe nach Bankengruppen im 2. Quartal 2009<sup>1)</sup>



1) Für Unternehmen und Selbstständige; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in vH (saisonbereinigt).– 2) Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage unter Banken zur Veränderung der Nachfrage von Krediten an Unternehmen, Angaben der befragten Banken im Berichtsmonat für die letzten drei Monate. Differenz zwischen der Summe der Angaben „deutlich gestiegen“ und „leicht gestiegen“ und der Summe der Angaben für „etwas gesunken“ und „deutlich gesunken“ in vH aller Antworten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Verschärfung der Kreditkonditionen zu spüren bekamen. Außergewöhnlich kräftig expandierte die Kreditvergabe der Banken mit Sonderaufgaben wie die der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

**84.** Sinkende Kreditvolumina können – selbst wenn sie nur bei einzelnen Bankengruppen, Fristen oder Wirtschaftsbereichen auftreten – zumindest zum Teil auf **nachfrageseitige Aspekte** zurückgeführt werden. In Abschwungphasen und bei Kapazitätsunterauslastungen rücken Unternehmen von Bestandserweiterungen ab und unterlassen geplante Erweiterungsinvestitionen. In diesen Fällen kann nicht von einer Kreditklemme gesprochen werden. Ökonomische Schätzungen zeigen, dass es in jüngster Zeit tatsächlich zu einem Rückgang der Kreditnachfrage gekommen ist, der zur Erklärung der Abschwächung der Kreditvergabe beiträgt (Deutsche Bundesbank, 2009). Gleichzeitig weisen Umfragedaten jedoch darauf hin, dass Banken sich durchaus einer erheblichen Anzahl von Kreditanträgen gegenübersehen, wobei dieser Befund aufgrund von Mehrfachanfragen bei verschiedenen Banken nach oben verzerrt sein dürfte. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass es in der aktuellen Krise gerade zu Beginn des Abschwungs zu einer erhöhten Liquiditätsnachfrage gekommen ist, da Umsätze abrupt wegbrachen und Versicherungserwägungen vor dem Hintergrund einer stark gestiegenen Unsicherheit dazu führen sollten, dass in der Vergangenheit eingeräumte Kreditlinien in Anspruch genommen werden.

**85.** Von der **Angebotsseite** können zwei Faktoren zu verschärften Finanzierungsbedingungen der Realwirtschaft führen:

- Eine **Neubewertung von Kreditrisiken** ist ein im Konjunkturzyklus notwendigerweise auftretender Prozess, der für sich noch keine Kreditklemmenproblematik begründen kann. Zwar sollte die Bewertung von Kreditrisiken insbesondere bei längeren Fristen die Ausfallwahrscheinlichkeit über den gesamten Zyklus in den Mittelpunkt stellen. In einem Abschwung erhalten Finanzinstitutionen jedoch neue Informationen bezüglich gesamtwirtschaftlicher, sektoraler und regionaler Risiken, die bei der Bestimmung von Risikoprämien und Sicherheiten zu berücksichtigen sind. Gesamtwirtschaftlich problematisch wird eine Neubewertung erst dann, wenn die Ausfallrisiken überschätzt werden. Im Rahmen der meisten Kreditrisikomodelle kann es gerade gegen Ende eines wirtschaftlichen Abschwungs zu einer Überzeichnung kommen. Diese **Prozyklizität** der Risikomessung, die im Aufschwung spiegelbildlich zu einer überhöhten Kreditvergabe führt, liegt darin begründet, dass die Modelle den zyklischen Schwankungen der Ausfallquoten am aktuellen Rand ein zu hohes Gewicht beimessen. In der Folge steigt das für einen Kredit zu hinterlegende ökonomische und regulatorische Eigenkapital und die Möglichkeit zur Kreditvergabe wird eingeschränkt.
- In der aktuellen Situation besteht die Gefahr, dass die in der realwirtschaftlichen Verschlechterung begründeten Einschränkungen des Kreditangebots durch weitere Friktionen im Finanzsystem verstärkt werden. Aufgrund der Verluste im Zusammenhang mit der Finanzkrise besteht hohe Unsicherheit bezüglich der verfügbaren **Eigenkapitalpolster**. Zudem ist für die Zukunft mit steigenden regulatorischen Anforderungen an die Eigenkapital-

ausstattung zu rechnen, die sowohl die Höhe als auch die Zusammensetzung der Eigenkapitalbasis betreffen. Schließlich leiden die Banken, die sich bis zur Krise vor allem auf Großhandelsmärkten, also über Verbriefungen oder kurzfristige Großkredite anderer Finanzinstitutionen, refinanzierten, unter dem Wegbrechen dieser Wege der Mittelbeschaffung. In diesen Fällen behindern bilanzielle Restriktionen das Kreditneugeschäft, selbst wenn der Schuldner eine entsprechend gute Bonität aufweist.

**86.** Rückläufige Kreditaggregate in einigen Segmenten und bei einigen Bankengruppen sowie zunehmende Klagen der Realwirtschaft über eine niedrigere Kreditvergabe könnten insgesamt auf eine angebotsseitig bedingte **geringere Kreditversorgung** hindeuten (Kasten 2). Über die gängigen Indikatoren hinaus lassen sich weitere Belege dafür finden, dass zumindest in einigen Teilbereichen des Finanzsystems Probleme vorhanden sind. Allen voran scheint es für Unternehmen im Bereich der Exportfinanzierung schwierig zu sein, eine Vorfinanzierung ihrer Exportforderungen zu erlangen und sich gegenüber Zahlungsausfällen zu versichern. Zudem spricht vieles dafür, dass sich die anhaltenden Probleme an den **Verbriefungsmärkten** belastend auf die Fähigkeit des Bankensystems zur Kreditvergabe auswirken.

Insgesamt kann jedoch zum aktuellen Zeitpunkt **keine allgemeine Kreditklemme** konstatiert werden. Die bei den Kreditaggregaten festgestellten Rückgänge und die sich in Umfragen abzeichnende Verschärfung der Refinanzierungskosten und der Anforderungen an Sicherheiten und Dokumentation sind nicht ausgeprägt genug, um zu einer solchen Schlussfolgerung zu gelangen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die in früheren Zyklen zu beobachtenden Rückgänge bei der Kreditnachfrage berücksichtigt werden.

#### Kasten 2

##### Umfragebasierte Indikatoren zur Kreditvergabe

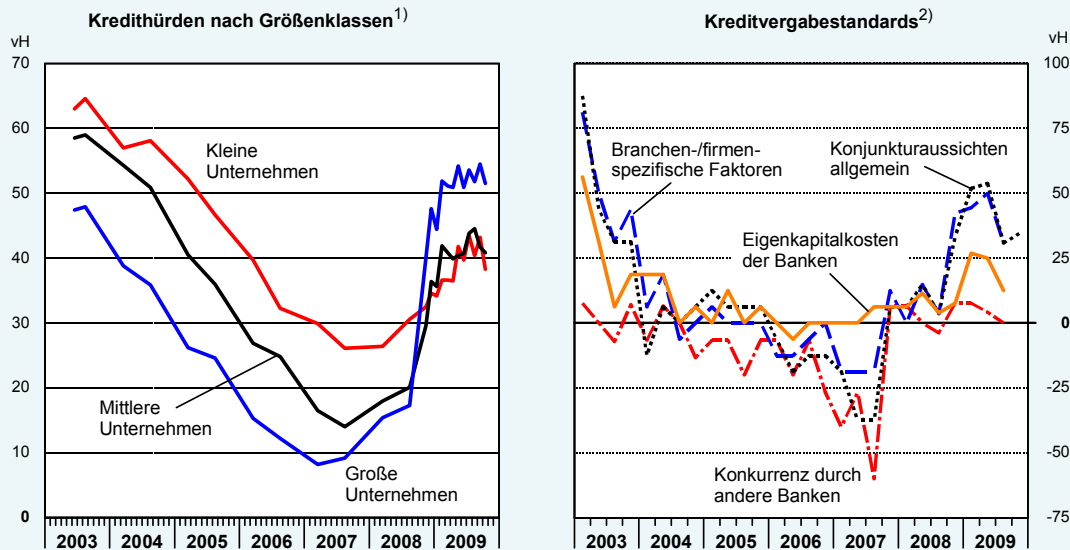
Umfragebasierte Indikatoren wie die **ifo-Kredithürde** registrieren schon seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 eine restriktivere Kreditvergabe (Schaubild 10, Seite 56). Im Oktober 2009 gaben 41,7 vH der befragten Unternehmen an, die Kreditvergabe sei restriktiv. Nach dem rasanten Anstieg im Herbst 2008 von unter 30 vH auf 45,1 vH im Juli 2009 kommt es hier aktuell jedoch zu einer Stabilisierung. Auffallend ist, dass die Kredithürde sich nicht homogen über die Größenklassen von Unternehmen entwickelt, denn große Unternehmen klagen im Vergleich zu kleinen und mittleren Unternehmen verstärkt über eine restriktivere Kreditvergabe. Die Ergebnisse der **DIHK-Umfrage** vom Herbst 2009 zeichnen ein ähnliches Bild. Demnach ist es im Vergleich zum Frühsommer zu einer weiteren Verschärfung bei den Finanzierungskonditionen gekommen. Als Gründe für diese Entwicklung werden vor allem höhere Anforderungen an Kreditsicherheiten und steigende Kreditzinsen angegeben. Besonders deutlich fällt die Verschlechterung in wichtigen Exportbranchen aus. Während sich die Lage bei den Großunternehmen nicht weiter zugespitzt hat, da sich unter anderem der Zugang zu kapitalmarktbasierter Finanzierung verbesserte, klagen zunehmend kleine und mittlere Unternehmen über verschärfte Restriktionen.

Der **Bank-Lending-Survey** der Deutschen Bundesbank im Eurosystem setzt mit seiner Umfrage direkt bei den Banken an. Der letzten Erhebung vom Oktober 2009 zufolge haben die Banken ihre Angebotsbedingungen im zweiten Quartal erneut verschärft. Allerdings gaben nur noch 8 vH der Banken an, ihre Kreditstandards weiter gestrafft zu haben, während es im Vorquartal noch 12 vH waren. Für das dritte Quartal erwarten die Banken ebenfalls nur noch eine leichte weitere

Straffung der Konditionen. Zu der Entspannung haben die Beurteilung der Eigenkapitalkosten der Banken, die Einschätzung des konjunkturellen Umfelds sowie branchen- und firmenspezifische Faktoren beigetragen.

Schaubild 10

### Kredithürden und Kreditvergabestandards für Unternehmen



1) Ifo-Konjunkturtest, Oktober 2009. Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die angeben, die Kreditvergabe sei restriktiv.–  
2) Saldo der vierteljährlichen Umfrageergebnisse unter Banken zur Veränderung der Faktoren für die Richtlinien bei der Gewährung von Krediten, Angaben der befragten Banken im Berichtsmonat für die letzten drei Monate. Differenz zwischen der Summe der Angaben „deutlich verschärf“ und „leicht verschärf“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in vH aller Antworten.

Quellen: Deutsche Bundesbank, ifo

© Sachverständigenrat

Auch eine Betrachtung der bisherigen Erfahrungen mit den zur Stützung der Liquiditätsversorgung aufgelegten Sonderprogrammen lässt diesen Schluss zu. Nach einer anfänglich schleppenden Nachfrage nach den Kredit- und Bürgschaftsmitteln aus dem **Deutschlandfonds**, dessen Volumen sich auf insgesamt 115 Mrd Euro beläuft, scheint das Interesse zuletzt zuzunehmen. Dennoch ist das gesamte Fördervolumen bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Sollten im Prognosezeitraum die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen angespannt bleiben oder sich verschärfen, ist davon auszugehen, dass das Interesse an den Mitteln zunimmt (Ziffern 340 ff.).

**87.** Auch wenn einzelne Indikatoren bisher eine nur moderate Verschärfung der Kreditvergabebedingungen und keine Kreditklemme signalisieren, ergeben sich für die zukünftige Entwicklung **erhebliche Risiken**. Erstens ist noch unklar, welche Bilanzbereinigungen aus den Belastungen der Finanzkrise noch bevorstehen und wie lange sich diese hinziehen werden. Zwar haben sich in den letzten Monaten die Bewertungen **toxischer Wertpapiere** leicht erholt, was ausgewählten Finanzinstitutionen bereits Zuschreibungen auf abgeschriebene Engagements erlaubt. Diese Erholung erfolgte jedoch in einem Umfeld äußerst illiquider Märkte, die Bewertungsunsicherheit bleibt somit hoch. Noch ausgeprägter ist die Unsicherheit im Hinblick auf den verbleibenden Abschreibungsbedarf bei den Finanzinstituten, die den erlittenen Wertverlust bisher nicht in ausreichendem Maße bilanziert haben. Gerade vor dem Hinter-

grund stark gelockerter Bilanzierungsregeln besteht aktuell wenig Transparenz bezüglich möglicher weiterer Belastungen.

Zweitens werden die Folgen des realwirtschaftlichen Abschwungs selbst bei einer konjunkturellen Erholung in den nächsten Quartalen zu einer weiteren Belastung der Eigenkapitaldecke des Finanzsektors führen. Die zu erwartenden Herabstufungen der **bankinternen und externen Ratings** stellen aktuell das wohl größte Risiko für die Entwicklung des Kreditangebots dar. Zwar kommen Sensitivitätsanalysen zu dem Ergebnis, dass selbst eine Herabstufung auf breiter Ebene nicht dazu führen würde, dass die Mindesteigenkapitalanforderungen nach Basel II unterschritten werden (Deutsche Bundesbank, 2009). Die aktuell gültigen Eigenkapitalregelungen dürften jedoch eine nur unzureichende Richtschnur für den bei der Vergabe von Krediten notwendigen Eigenkapitalbedarf sein.

Die von den Banken tatsächlich geforderten Eigenkapitalausstattungen sind drittens weitaus höher anzusetzen als das regulatorische Minimum. Schon in Normalsituationen legen Banken aus Vorsichtsmotiven **Eigenkapitalpuffer** an, um sich beispielsweise einer genaueren Überprüfung durch die Aufsicht zu entziehen. In der aktuellen Situation fordert zudem der Kapitalmarkt deutliche Aufschläge auf die Eigenmittelausstattung. Schließlich würden bei einer zielgerichteten Implementierung der Vorschläge, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht mit dem Ziel einer Erhöhung der Widerstandskraft des Finanzsystems unterbreitet hat, erhebliche zusätzliche Anforderungen auf die Banken zukommen. Selbst wenn diese de jure erst nach Ende der konjunkturellen Schwächeperiode eingeführt werden sollten, würden die Finanzinstitute de facto frühzeitig beginnen, zusätzliches Eigenkapital vorzuhalten.

Viertens liegen breite Teile des **Verbriefungsmarkts** weiterhin brach (KfW, 2009a). Verbriefungen werden aktuell vor allem dazu benutzt, um Sicherheiten für die Liquiditätstransaktionen mit den großen Zentralbanken zur Verfügung stellen zu können. In der Vergangenheit haben ausgewählte Segmente der deutschen Realwirtschaft einschließlich vieler Mittelstandsunternehmen aus der Möglichkeit der Finanzinstitute zu einer Weitergabe von Kreditrisiken ihren Nutzen gezogen. Aktuell deutet jedoch wenig darauf hin, dass es zu einer baldigen Erholung bei entsprechenden Aktivitäten kommen wird.

Fünftens besteht weiterhin erhebliche Unsicherheit bezüglich der Verfügbarkeit **alternativer Finanzierungsquellen**. In der ersten Phase der Krise war gerade der Wegfall des Zugangs zu nicht bankbasierten externen Mitteln entscheidend für die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen. Zwar hat sich die Verfügbarkeit von Finanzierungsquellen innerhalb von Konzernverbundstrukturen, bei Geschäftspartnern und vor allem über den Kapitalmarkt in den letzten Monaten deutlich verbessert; aktuell ist jedoch noch nicht auszuschließen, dass von der realwirtschaftlichen Entwicklung geschwächten Unternehmen der Zugang verwehrt bleibt und nur die besser informierte Hausbank in der Lage ist, die mit einer Finanzierung einhergehenden Risiken adäquat zu beurteilen.

Schätzungen zu dem bis Ende des Jahres 2010 weltweit nötigen Abschreibungsbedarf aus den ersten beiden Effekten kommen – unter Berücksichtigung des durch zukünftige Gewinne zu

deckenden Bedarfs – auf rund 2 800 Mrd US-Dollar, wovon rund 814 Mrd US-Dollar auf Banken im Euro-Raum entfallen (IWF, 2009c). Auch für Deutschland ist von einem noch erheblichen Abschreibungsbedarf auszugehen (Ziffern 144 ff. sowie IfW, 2009). Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten, dass die Kreditversorgung der Realwirtschaft in den nächsten Quartalen in nicht unerheblichem Maße Restriktionen unterliegen wird.

**88.** Insgesamt zeigt sich, dass sich die Finanzierungsbedingungen der Realwirtschaft in der jüngsten Vergangenheit verschärft haben. Diese Entwicklung geht jedoch nur in bestimmten Segmenten über eine mit dem Konjunkturbild zu erwartende Straffung der Kreditvergabe hinaus. Da jedoch trotz der konjunkturellen Erholung mit weiteren Kreditausfällen zu rechnen ist, muss man von einer **spürbaren Belastung der Aufschwungsdynamik** durch weiterhin angespannte Finanzierungsbedingungen ausgehen. Um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, wird es notwendig sein, die Nutzung der vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zur Verfügung gestellten Instrumente zur Auslagerung von Problemaktiva und zur Rekapitalisierung des Bankensektors zu forcieren (Ziffern 187 ff.).

### III. Der steinige Weg aus der Krise

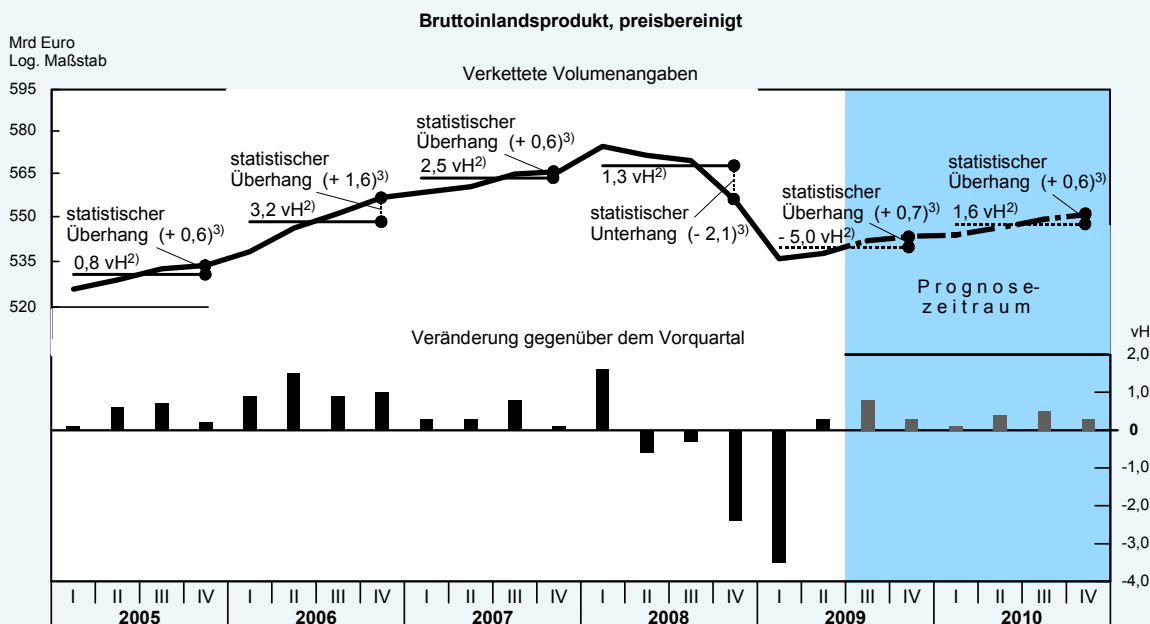
**89.** Ausgehend von der sich zur Jahresmitte 2009 abzeichnenden Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist davon auszugehen, dass es im Prognosezeitraum zu einer moderaten Aufwärtsbewegung kommen wird. Der die bisherige Entwicklung stützende private Konsum wird sich im weiteren Verlauf infolge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Jahr 2010 jedoch abschwächen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bremsen. Durch die moderate Erholung des weltwirtschaftlichen Umfelds verbessern sich allerdings zunehmend die Exportaussichten. Schon in der zweiten Jahreshälfte 2009 sind hier spürbare Zuwächse zu verzeichnen. Die öffentlichen Bauinvestitionen sollten im Prognosezeitraum ebenfalls positiv wirken, da die Konjunkturpakete I und II ihre Wirkung erst verzögert entfalten. Eine schwache Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Kapazitätsunterauslastung bei den Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Allenfalls gegen Ende des Jahres 2010 sollten Vorzieheffekte wegen des Auslaufens der degressiven Abschreibung zu einer gewissen Belebung führen.

#### 1. Die Prognose im Überblick

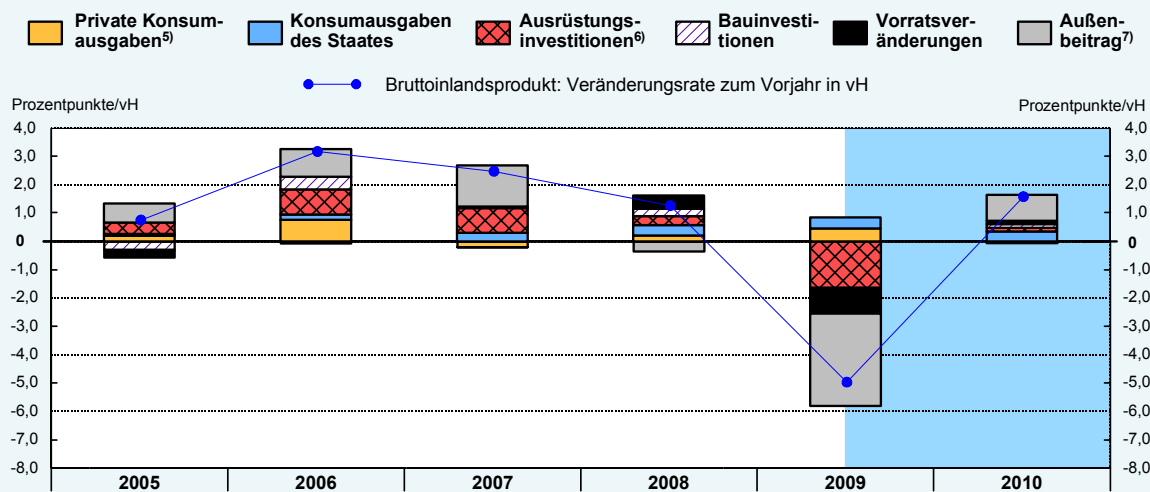
**90.** Im Jahr 2009 ist es zu einem extremen **Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,0 vH** gekommen. Entscheidend geprägt wurde dieses Ergebnis durch einen statistischen Unterhang von 2,1 vH aus dem Jahr 2008 sowie vom verschärften Einbruch der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2009 in Höhe von 3,5 vH gegenüber dem Vorquartal (Schaubild 11). Zusammen mit dem sich für das laufende Jahr ergebenden Überhang von 0,7 vH resultiert die wenig dynamische Aufwärtsbewegung in einer erwarteten **Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 vH im Jahr 2010** (Tabelle 7, Seite 61). In Anbetracht des vorangegangenen Einbruchs wird die negative Output-Lücke mit etwas über 4 vH weiterhin beträchtlich sein. Die wirtschaftliche Expansion wird von zwei zentralen Faktoren gedämpft:

Schaubild 11

Voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung in Deutschland<sup>1)</sup>



Beitrag der Verwendungskomponenten zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts<sup>4)</sup>



1) Vierteljahreswerte: Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren X-12-ARIMA.– 2) Jahresdurchschnitte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.– 3) Prozentuale Differenz zwischen dem absoluten Niveau des Bruttoinlandsprodukts im letzten Quartal des Jahres t und dem durchschnittlichen Niveau in den Quartalen im Jahr t (siehe JG 2005 Kasten 5).– 4) Preisbereinigt; Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt, berechnet mit den Veränderungen zum Vorjahr aus den verketteten Volumenwerten in Prozentpunkten (Referenzjahr = 2008).– 5) Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck.– 6) Einschließlich Sonstige Anlagen.– 7) Exporte von Waren und Dienstleistungen abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen.

© Sachverständigenrat

- Die Situation am **Arbeitsmarkt** wird sich noch für einige Zeit verschlechtern. Die im Prognosezeitraum erwartete Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird wohl nicht ausreichen, um die Kapazitätsauslastung derart anzuheben, dass Entlassungen in erheblichem Umfang zu vermeiden wären. Die Zahl der Arbeitslosen wird daher voraussichtlich jahresdurchschnittlich von 3,4 Millionen im Jahr 2009 auf etwa 4,0 Millionen im Jahr 2010 ansteigen.

- Von der **Finanzierungsseite** gehen weiterhin Belastungen aus. Selbst wenn, wie im Rahmen dieser Prognose unterstellt, eine Kreditklemme auf breiter Front vermieden werden kann, ergeben sich aus den noch verbleibenden Aufräumarbeiten im Finanzsektor Restriktionen bei der Finanzierung der Realwirtschaft, die sich insbesondere dann auswirken dürften, wenn die Unternehmen beginnen, ihre Investitionspläne wieder auszuweiten.

**91.** Nach wie vor überwiegen die **Abwärtsrisiken**, wenn auch in geringerem Maße als im Vorjahr. So würde nicht nur eine erneute Verschärfung der Situation an den Finanzmärkten die aktuell bereits bestehenden Probleme bei der Finanzierung realwirtschaftlicher Aktivitäten erheblich vergrößern. Weitere zentrale Risiken gehen vom noch fragilen außenwirtschaftlichen Umfeld sowie von der Wechselkursentwicklung aus. Zudem könnten verstärkte Anstrengungen der Unternehmen zur Erhöhung der Produktivität zu größeren Entlassungen von Arbeitnehmern führen. Dem stehen Aufwärtsrisiken entgegen, die vor allem in einer im Vergleich zu dieser Prognose deutlicheren Erholung des weltwirtschaftlichen Umfelds bestehen.

#### Kasten 3

#### Annahmen der Prognose

Auf der Grundlage der aktuellen Terminkurse für Oktober 2010 wird angenommen, dass sich die **Rohölpreise** bei einem Wert von 75 US-Dollar pro Barrel stabilisieren.

Für den nominalen **Wechselkurs** wird ab dem vierten Quartal 2009 ein Wert von 1,50 US-Dollar je Euro unterstellt. Der reale effektive Wechselkurs wird im Prognosezeitraum auf dem Niveau des Herbstes des Jahres 2009 verharren.

Der **Hauptrefinanzierungssatz der EZB** wird im Prognosezeitraum 1,0 % betragen, der Zinssatz für Übernachtskredite zwischen Banken (Euro Over Night Index Average, EONIA) wird sich im Zeitverlauf dieser Marke annähern.

Finanzierungsrestriktionen belasten die Realwirtschaft, eine allgemeine **Kreditklemme** bleibt jedoch aus.

Der Anstieg der **tariflichen Stundenlöhne** wird im Jahr 2010 bei 1,7 vH liegen.

Grundlage der Prognose ist der **Datenstand** zum 31. Oktober 2009 sowie die derzeitige **Gesetzeslage**, das heißt, es werden nur Maßnahmen einbezogen, bei denen das Gesetzgebungsverfahren bis Ende Oktober 2009 abgeschlossen war.

## 2. Die Prognose im Einzelnen

### Außenwirtschaft: Erholung mit positiven Impulsen für Deutschland

**92.** Mit einem Rückgang von 1,2 vH gegenüber dem Vorquartal verlangsamte sich der Einbruch der **Exporte von Waren und Dienstleistungen** im zweiten Quartal 2009 deutlich. Zur Jahresmitte 2009 lag die Ausfuhr jedoch noch um 18,9 vH unter dem Niveau des Vorjahreshalbjahrs. Angeführt wurde der starke Einbruch von der Investitionsgüterindustrie. Auch wenn für die zweite Jahreshälfte eine Verbesserung verzeichnet werden kann, sanken die Exporte im Jahresdurchschnitt um insgesamt 14,7 vH (Tabelle 7). Die Aufwärtsbewegung im

Tabelle 7

### Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Schätzung für das Jahr 2009 und Prognose für das Jahr 2010

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	2007	2008	2009	2010
<b>Verwendung des Inlandsprodukts</b>				
<b>Preisbereinigt (Vorjahrespreisbasis)</b>				
Konsumausgaben, zusammen .....	0,1	0,8	1,1	0,4
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup> .....	- 0,3	0,4	0,8	- 0,1
Staatliche Konsumausgaben .....	1,7	2,1	2,2	1,8
Bruttoanlageinvestitionen .....	5,0	3,1	- 8,8	1,4
Ausrüstungsinvestitionen .....	11,0	3,3	- 20,9	1,5
Bauinvestitionen .....	0,0	2,6	- 0,4	1,2
Sonstige Anlagen .....	6,5	5,3	4,2	2,5
Vorratsveränderungen (Wachstumsbeitrag) <sup>2)3)</sup> .....	0,0	0,4	- 0,9	0,1
Inländische Verwendung .....	1,0	1,7	- 1,8	0,7
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag) <sup>2)</sup> .....	1,5	- 0,3	- 3,3	0,9
Exporte von Waren und Dienstleistungen .....	7,5	2,9	- 14,7	6,3
Importe von Waren und Dienstleistungen .....	4,8	4,3	- 9,0	4,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b> .....	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>- 5,0</b>	<b>1,6</b>
<b>Verwendung des Inlandsprodukts</b>				
<b>In jeweiligen Preisen</b>				
Konsumausgaben, zusammen .....	1,6	2,8	1,4	1,1
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup> .....	1,4	2,5	0,5	0,6
Staatliche Konsumausgaben .....	2,2	3,7	4,2	2,8
Bruttoanlageinvestitionen .....	7,7	4,2	- 9,3	0,6
Ausrüstungsinvestitionen .....	10,2	2,7	- 22,0	0,6
Bauinvestitionen .....	6,3	5,8	0,5	1,0
Sonstige Anlagen .....	3,4	1,6	- 3,9	- 3,4
Inländische Verwendung .....	2,9	3,7	- 1,9	1,3
Außenbeitrag .....	.	.	.	.
Exporte von Waren und Dienstleistungen .....	8,0	3,5	- 17,0	6,5
Importe von Waren und Dienstleistungen .....	4,9	5,8	- 14,1	3,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b> .....	<b>4,4</b>	<b>2,8</b>	<b>- 4,0</b>	<b>2,7</b>
<b>Preisentwicklung (Deflatoren)</b>				
Konsumausgaben, zusammen .....	1,4	2,0	0,2	0,8
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup> .....	1,8	2,1	- 0,3	0,7
Staatliche Konsumausgaben .....	0,5	1,6	2,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt .....	1,9	1,5	1,0	1,1
Inländische Verwendung .....	1,9	1,9	- 0,1	0,6
<b>Entstehung des Inlandsprodukts</b>				
Erwerbstätige (Inland) .....	1,7	1,4	- 0,0	- 1,5
Arbeitsvolumen .....	1,8	1,3	- 3,0	- 0,0
Produktivität (Stundenbasis) .....	0,7	- 0,0	- 2,0	1,6
<b>Verteilung des Volkseinkommens</b>				
Volkseinkommen .....	3,5	2,5	- 5,0	2,4
Arbeitnehmerentgelte .....	2,8	3,7	- 0,2	0,3
darunter: Nettoarbeitnehmerentgelte <sup>4)</sup> .....	3,0	3,2	- 0,4	2,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen .....	4,8	0,2	- 14,0	7,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>1)</sup> .....	1,6	2,7	0,4	0,8
Sparquote der privaten Haushalte <sup>1)5)</sup> .....	10,8	11,2	11,2	11,4
<b>Nachrichtlich:</b>				
Lohnstückkosten <sup>6)</sup> (Inlandskonzept) .....	0,2	2,2	4,9	- 1,2
Verbraucherpreise (Verbraucherpreisindex 2005 = 100) .....	2,3	2,6	0,3	1,2

1) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.– 2) In Prozentpunkten.– 3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.– 4) Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer.– 5) Sparen in vH des verfügbaren Einkommens plus der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.– 6) Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigen.

dritten Quartal 2009 wird sich voraussichtlich im Jahr 2010 fortsetzen; insgesamt ist für diesen Zeitraum mit einer Zuwachsrate von 6,3 vH zu rechnen (Schaubild 12, Seite 64).

Der Rückgang bei den **Importen** war im Winterhalbjahr 2008/2009 weniger stark ausgeprägt, beschleunigte sich jedoch relativ zu den Exporten im zweiten Quartal 2009, sodass wieder ein positiver Impuls vom Außenbeitrag ausging. Die Abschwächung der Importe war im Bereich der Vorleistungsgüter am stärksten ausgeprägt, gefolgt von den Investitionsgütern; moderater fiel sie bei den Konsumgütern aus. Ausgehend von der Stabilisierung der Binnenkonjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2009 ist von einer Erholung der Einfuhr auszugehen. Für das Gesamtjahr 2009 ergibt sich dennoch ein Rückgang um 9,0 vH. Für das Jahr 2010 ist bei einer beschleunigten Binnendynamik eine Ausweitung um voraussichtlich 4,5 vH zu erwarten (Schaubild 12).

Mit einem Rückgang von 3,3 Prozentpunkten belastete der **Außenbeitrag** die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 erheblich. Für das Jahr 2010 sollte er dagegen wieder mit einem Wachstumsbeitrag von 0,9 Prozentpunkten stützend wirken.

### **Ausrüstungsinvestitionen: Konsequenzen der massiven Kapazitätsunterauslastung**

**93.** Neben den Exporten waren die Ausrüstungsinvestitionen die am stärksten vom wirtschaftlichen Einbruch betroffene Verwendungskomponente. Im ersten Halbjahr 2009 betrug der Rückgang zum Vorjahreshalbjahr 21,8 vH. Während die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal 2009 nur noch um 0,5 vH gegenüber dem Vorquartal sanken, verzeichneten sie von Januar bis März 2009 einen Einbruch von 18,5 vH. Dieser starke Rückgang stand im Einklang mit der drastischen **Unterauslastung** der Kapazitäten. Zudem belastete die **Finanzierungssituation** der Unternehmen die Investitionstätigkeit, auch wenn bisher keine allgemeine Kreditklemme zu verzeichnen ist. Insgesamt sanken die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2009 deutlich um 20,9 vH. Dagegen sollte sich im Jahr 2010 die allgemein verbesserte wirtschaftliche Lage bemerkbar machen, da neben Rationalisierungsinvestitionen zunehmend Bestandserweiterungen in Betracht gezogen werden. Das Auslaufen der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten lässt Vorzieheffekte gegen Jahresende 2010 erwarten, auch wenn die Finanzierungssituation weiter schwierig bleiben sollte. Vor diesem Hintergrund dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2010 um lediglich 1,5 vH zulegen (Schaubild 12).

### **Bauinvestitionen**

**94.** In der Summe werden die Bauinvestitionen im laufenden Jahr die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht stützen und im nächsten Jahr einen nur schwachen Impuls liefern (Schaubild 12). Der **Wohnungsbau** hatte sich im ersten Halbjahr 2009 als relativ robust erwiesen. Im ersten Quartal 2009 nahm die Bautätigkeit um 1,2 vH gegenüber dem Vorquartal zu, im zweiten Quartal sank sie geringfügig um 0,3 vH. Im weiteren Jahresverlauf machte sich das gesunkene Zinsniveau positiv bemerkbar, denn im Gegensatz zu den Krediten an die gewerbliche Wirtschaft verschlechterten sich die Standards für Wohnungsbaukredite nur unmerklich. Dämpfend wirkte sich hingegen die Situation auf dem Arbeitsmarkt und bei der Einkommensentwicklung aus. Vor diesem Hintergrund ist von einem Rückgang der Wohnungsbauinvesti-

tionen im Jahr 2009 um 0,9 vH auszugehen. Im Jahr 2010 sollten sie bestenfalls um 0,4 vH zulegen.

Die **gewerblichen Bauinvestitionen** waren ähnlich wie die Ausrüstungsinvestitionen erheblich von der Rezession betroffen. Auch hier wirkten sich die angespannten Finanzierungsbedingungen negativ aus. Die gewerblichen Bauinvestitionen fielen im ersten Halbjahr 2009 um 5,7 vH geringer aus als im gleichen Zeitraum 2008. Die Auftragsentwicklung deutete zur Jahresmitte 2009 auf eine weiterhin schwache Dynamik hin. Sie lagen bis zum Ende des zweiten Quartals um 20,1 vH unter denen des Vorjahreszeitraums. Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2009 um jahresdurchschnittlich 1,7 vH verringerten. Im Jahr 2010 sollte sich aufgrund der Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten keine Belebung abzeichnen. Stattdessen werden die gewerblichen Bauinvestitionen voraussichtlich um 3,1 vH sinken.

Die **öffentlichen Bauinvestitionen** zeigten sich im ersten Quartal 2009 noch relativ schwach und gingen gegenüber dem Vorquartal um 4,6 vH zurück, während sie im zweiten Quartal 2009 mit einer Zuwachsrate von 3,4 vH deutlich expandierten. Dabei spielten die geplanten Ausgaben von rund 19,0 Mrd Euro aus den Konjunkturpaketen I und II noch keine wesentliche Rolle, da nur ein geringer Anteil in der ersten Jahreshälfte ausgabenwirksam wurde. In der zweiten Jahreshälfte verstärkten sich jedoch die Nachfrageimpulse spürbar. Diese Entwicklung dürfte sich im Jahr 2010 weiter fortsetzen. Insgesamt ist ein Anstieg der öffentlichen Bauinvestitionen von 5,6 vH im Jahr 2009 und von 14,9 vH im Jahr 2010 zu erwarten.

## Konsumausgaben

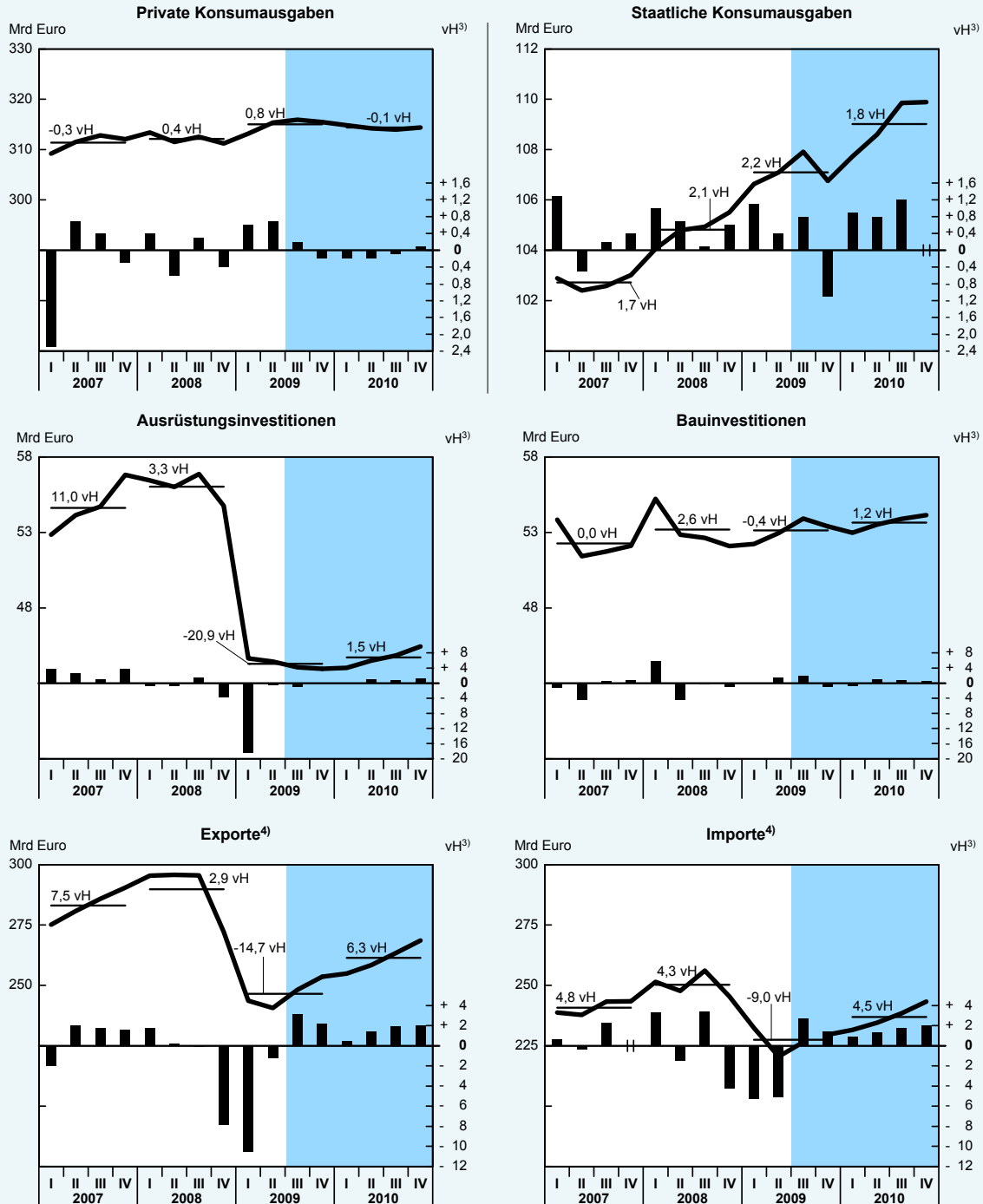
**95.** Für die **Privaten Konsumausgaben** ist für das Jahr 2009 von einem Anstieg von 0,8 vH, für das Jahr 2010 von einem Rückgang von 0,1 vH auszugehen (Schaubild 12). In den ersten beiden Quartalen des Jahres 2009 hatten sie sich mit Zuwachsraten von 0,6 vH und 0,7 vH erstaunlich robust entwickelt und als eine Stütze der Konjunktur erwiesen. Maßgeblich hat hierzu die sogenannte „Abwrackprämie“ beigetragen, von der in den nächsten Quartalen durch Substitutionseffekte allerdings dämpfende Wirkungen ausgehen dürften. Deutliche Impulse ergaben sich für das Jahr 2009 durch verschiedene weitere Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen und durch zusätzliche Gesetzesänderungen (Kasten 4, Seite 65). Von der Einkommensseite her ist daher eine positive Entwicklung der Privaten Konsumausgaben angelegt, die sich jedoch mit einem zunehmenden Anstieg der Arbeitslosigkeit abschwächen wird.

Trotz des starken Anstiegs der tariflichen Stundenlöhne um 2,4 vH sanken die Bruttolöhne und -gehälter (BLG) im Jahr 2009 um insgesamt 0,4 vH und je Beschäftigten um 0,5 vH. Da die Effektivlöhne je Stunde aufgrund einer positiven Lohndrift im Gesamtjahr um 3,0 vH höher ausfielen, war der Rückgang maßgeblich dem deutlich geringeren Arbeitsvolumen geschuldet. Der Rückgang der BLG je Beschäftigten hat zur Folge, dass die von der Bundesregierung beschlossene Rentengarantie im Jahr 2010 greifen wird (Ziffern 303 ff.). Für das Jahr 2010 ist mit einem Anstieg der BLG von 0,5 vH zu rechnen. Je Beschäftigten kommt es aufgrund der Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich zu einer deutlichen Erhöhung um 2,1 vH.

Schaubild 12

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts<sup>1)</sup>

— Jahresdurchschnitte  
 ■ Prognosezeitraum<sup>2)</sup>



1) Verkettete Volumenangaben, preisbereinigt; saison- und kalenderbereinigte Ergebnisse nach dem Census-Verfahren X-12-ARIMA.– 2) Eigene Schätzung.– 3) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in vH.– 4) Waren und Dienstleistungen.

© Sachverständigenrat

Die **Konsumausgaben des Staates** expandierten in diesem Jahr kräftig. Bei den sozialen Sachleistungen stiegen insbesondere die Ausgaben für Medikamente, während die Verkäufe des Staates in diesem Jahr nahezu stagnierten. Der Zuwachs der staatlichen Vorleistungen

ging auf militärische Beschaffungen sowie auf Ausgaben für Forschung und Bildung zurück. Zusätzliche Impulse ergaben sich nicht nur über den Staatskonsum, sondern insbesondere über die beiden von der Bundesregierung im Winter 2008/2009 verabschiedeten Konjunkturpakete (Kasten 4).

## Kasten 4

**Fiskalimpuls in den Jahren 2009 und 2010**

Insbesondere mit dem Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (**Konjunkturpaket I**) und dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (**Konjunkturpaket II**) hat die Bundesregierung dazu beigetragen, die Schärfe und Dauer des Abschwungs abzumildern (Ziffern 303 ff.). Die ergriffenen Maßnahmen setzen sich vor allem aus Steuer- und Abgabentlastungen und einer Erhöhung der staatlichen Investitionsausgaben zusammen. Für die Jahre 2009 und 2010 beläuft sich der konjunkturelle Impuls auf rund 1,6 vH beziehungsweise 0,4 vH des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr (Tabelle 8).

## Tabelle 8

**Finanzpolitische Maßnahmen der Bundesregierung<sup>1)</sup>**

Haushaltsbelastung (–) / Haushaltsentlastung (+)

Veränderung gegenüber 2008 in Mrd Euro

Maßnahmen	2009	2010
Beitragsatzsenkung bei der Arbeitslosenversicherung (von 3,3 vH auf 2,8 vH)	– 4,1	– 4,1
Änderungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung darunter: Beitragssatzerhöhung in der Sozialen Pflegeversicherung (0,25 Prozentpunkte) und der Gesetzlichen Krankenversicherung (0,6 Prozentpunkte); Ausbau der Krankenhausfinanzierung; Änderung der Ärztevergütung	+ 1,4	+ 1,4
Soziale Leistungen unter anderem: Ausbau des Kinderzuschlags; Wohngelderhöhung; Erhöhung des BAföG; Kindergelderhöhung; Aussetzung Riesterfaktor	– 4,6	– 5,0
Mehreinnahmen aus der LKW-Maut	+ 0,8	+ 0,8
Wegfall Eigenheimzulage	+ 1,3	+ 2,4
Weitere Steuerrechtsänderungen unter anderem: Unternehmensteuerreformgesetz; Erbschaftsteuerreformgesetz; Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz; Jahressteuergesetz 2009; Steuerbürokratieabbaugesetz	+ 0,6	+ 4,1
Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (Konjunkturpaket I) darunter:	– 4,1	– 7,7
Investitionen	– 1,0	– 1,0
Steuerrechtliche Maßnahmen	– 2,6	– 5,7
Verlängerung der Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	– 0,2	– 0,8
Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) darunter:	– 21,1	– 25,5
Investitionsprogramm	– 3,2	– 10,1
Erhöhung Grundfreibetrag und Senkung des Eingangsteuersatzes bei der ESt	– 2,8	– 5,4
Reduktion des Beitragssatzes der Gesetzlichen Krankenversicherung	– 3,1	– 6,0
Abwrackprämie	– 5,0	.
Kinderbonus	– 1,8	.
Ausweitung und Bezuschussung des Kurzarbeitergelds	– 4,2	– 3,1
Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale	– 5,4	– 3,1
Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz)	– 2,5	– 9,6
<b>Summe</b>	<b>– 37,7</b>	<b>– 46,3</b>

1) Die in der Tabelle dargestellten Zahlen weichen leicht von denjenigen aus Tabelle 22 ab, da es sich hierbei um eigene Schätzungen handelt und Maßnahmen aus vorangegangenen Jahren berücksichtigt wurden.

Quellen: BMF und eigene Schätzung

### Entstehungsseite: Industrieproduktion hat Talsohle durchschritten

96. Als maßgebliche Belastung für die gesamte Wirtschaftsleistung erwies sich im Jahr 2009 die **Industrieproduktion**, die in den ersten acht Monaten des Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 21,0 vH einbrach. Die Produzenten von Vorleistungs- und Investitionsgütern mussten Produktionsrückgänge von 22,3 vH beziehungsweise 25,5 vH hinnehmen. Der Rückgang der weniger exportabhängigen Konsumgüterproduktion fiel dagegen mit 7,0 vH geringer aus. Die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche als Maß für die gesamtwirtschaftliche Produktion sank im Jahresdurchschnitt deutlich um 5,5 vH. Wesentlicher Treiber der rückläufigen Entwicklung war das Verarbeitende Gewerbe mit einem Produktionsabsturz im Jahr 2009 von 19,4 vH. Die Entwicklung der Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich ging lediglich um 1,1 vH zurück. Aufgrund des Rückgangs der Gütersteuern abzüglich der Subventionen von 0,7 vH verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt mit 5,0 vH im Jahr 2009 weniger stark als die Bruttowertschöpfung.

### Preisniveauentwicklung: Stabilisierung bei niedrigen Teuerungsraten

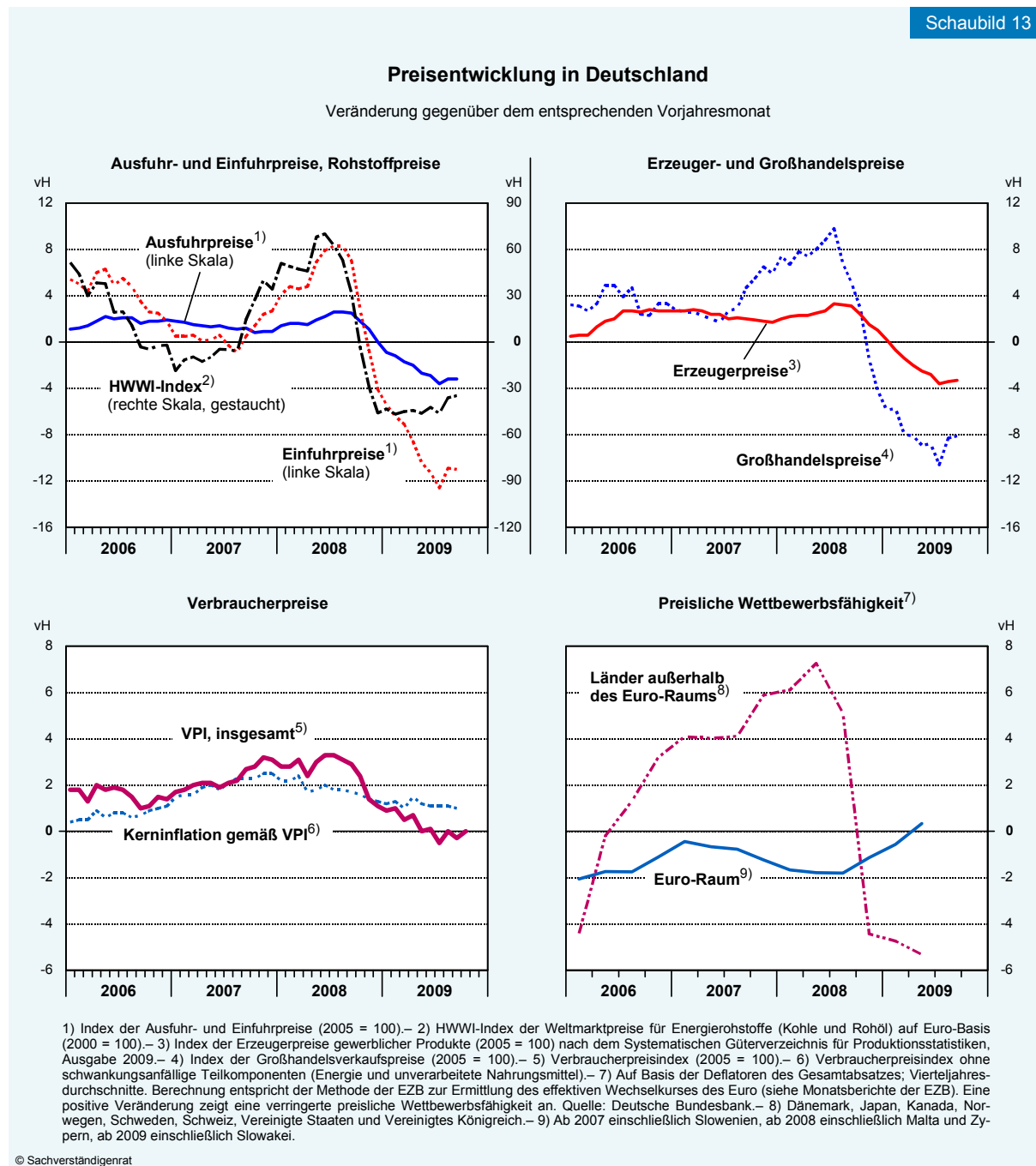
97. Im Vergleich zu den im Sommer 2008 beobachteten Inflationsraten von bis zu 3,3 vH stiegen die **Verbraucherpreise** bis zum Sommer 2009 zunehmend langsamer. Zur Jahresmitte 2009 waren beim Gesamtindex sogar zeitweilig negative Zuwachsraten zu verzeichnen (Schaubild 13, links unten). Dagegen betrug der Anstieg bei der Kerninflation, gemessen am Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel, für das Jahr 2009 bisher im Mittel 1,2 vH und war damit so hoch wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Somit war die Preisniveauentwicklung neben Rückgängen bei Nahrungsmittelpreisen fast ausschließlich auf die teilweise dramatischen Preisrückgänge bei Energierohstoffen zurückzuführen (Schaubild 13, links oben).

98. Im Verlauf ähnlich, aber zeitlich verschoben, war die Entwicklung bei den **Erzeuger- und Großhandelspreisen** (Schaubild 13, rechts oben). Beide Größen reagierten deutlich früher und stärker als die Verbraucherpreise auf die Entwicklung bei Rohstoffen. Der Großhandelspreisindex wies bereits seit November 2008 negative Zuwachsraten auf, der Erzeugerpreisindex seit März 2009; der Tiefpunkt wurde in beiden Fällen im Juli erreicht. Da beide Indizes Vorlaufeigenschaften aufweisen, sind zukünftig wieder Anstiege beim Niveau der Verbraucherpreise zu erwarten: Während für die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt 2009 von einem Wert von 0,3 vH auszugehen ist, wird sie im Jahr 2010 voraussichtlich auf 1,2 vH ansteigen.

### Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum

99. Im Jahr 2009 reagierten die Unternehmen und Arbeitnehmer auf den Nachfrageeinbruch mit einer deutlichen Senkung der **Arbeitszeit**. Für die verbliebenen Arbeitskräfte nahmen sie damit eine erhebliche Reduktion der Arbeitsproduktivität hin. Im Jahr 2009 stieg die Arbeitslosigkeit um 164 000 Personen an. Dieser Anstieg betraf aufgrund der sektoralen Auswirkungen der Krise fast ausschließlich Westdeutschland (Ziffern 407 ff.). Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland im Jahr 2009 im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf ein Ni-

veau von 8,2 vH. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank um 18 000 Personen.



**100.** Im Prognosezeitraum ist davon auszugehen, dass die Unternehmen vermehrt die Beschäftigung an die weiterhin erhebliche **Unterauslastung** anpassen und so die erlittenen Produktivitätsverluste zum Teil ausgleichen. Da sie mit Remanenzkosten erheblich belastet werden, wird sich ein Großteil von ihnen im ersten Quartal 2010 wohl nicht für eine Verlängerung der konjunkturellen Kurzarbeit entscheiden. Entgegengesetzt, aber in geringerem Umfang, wird sich die Transferkurzarbeit entwickeln. Auch wenn die erlittenen Produktivitätseinbußen nicht vollständig ausgeglichen werden, wird es in der ersten Hälfte des kommenden Jahres zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen. Saisonbereinigt dürfte die

Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum um etwas mehr als 500 000 Personen steigen, und damit so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung, sieht man von der Sondersituation zum Jahreswechsel 2004/2005 nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab.

Insgesamt wird sich die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um voraussichtlich 622 000 Personen reduzieren. Diese Summe setzt sich zusammen aus 575 000 Arbeitnehmern und 47 000 Selbstständigen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte um 567 000 sinken, die Anzahl der Arbeitslosen um 533 000 steigen. Entlastend wirkt sich die demographische Entwicklung aus. Die durch die verschlechterte Arbeitsmarktlage zu erwartenden negativen Auswirkungen auf den Konsum werden im Jahr 2010 den Dienstleistungsbereich negativ beeinflussen, sodass im Unterschied zum Jahr 2009 auch in Ostdeutschland mit einer Eintrübung zu rechnen ist. Die **Arbeitslosenquote** wird in Deutschland voraussichtlich auf ein Niveau von 9,4 vH ansteigen (Tabelle 9). Die Vorausschätzung der Entwicklung am Arbeitsmarkt ist für das Jahr 2010 mit besonders großer Unsicherheit verbunden. Der Zusammenhang zwischen der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung hat sich in diesem Jahr vor allem aufgrund des verstärk-

Tabelle 9

**Der Arbeitsmarkt in Deutschland<sup>1)</sup>**

Schätzung für das Jahr 2009 und Prognose für das Jahr 2010

	2008	2009 <sup>2)</sup>	2010 <sup>2)</sup>
	<b>Tausend Personen</b>		
Erwerbspersonen <sup>3)4)</sup> .....	43 361	43 445	43 391
Erwerbslose <sup>5)</sup> .....	3 141	3 250	3 785
Pendlersaldo <sup>6)</sup> .....	59	77	45
Erwerbstätige <sup>7)</sup> .....	40 279	40 273	39 651
Registriert Arbeitslose <sup>8)9)</sup> .....	3 268	3 432	3 965
davon:			
im früheren Bundesgebiet ohne Berlin .....	2 145	2 317	2 804
in den neuen Bundesländern und Berlin .....	1 123	1 115	1 161
Nachrichtlich:			
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>8)</sup> .....	27 510	27 492	26 925
	<b>Quoten (vH)</b>		
Arbeitslosenquote <sup>10)</sup> .....	7,8	8,2	9,4
ILO-Erwerbslosenquote <sup>11)</sup> .....	7,2	7,5	8,7

1) Jahresdurchschnitte.– 2) Eigene Schätzung. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.– 3) Personen im erwerbsfähigen Alter, die ihren Wohnort in Deutschland haben (Inländerkonzept).– 4) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 5) Abgrenzung nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).– 6) Saldo aus erwerbstätigen Einpendlern aus dem Ausland und Auspendlern in das Ausland.– 7) Erwerbstätige Personen, die einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept).– 8) Quelle: BA.– 9) Durch die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zum 1.1.2009 sind die Ergebnisse nicht mit den Vorjahren vergleichbar.– 10) Registriert Arbeitslose in vH an allen zivilen Erwerbspersonen (abhängig zivile Erwerbspersonen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige).– 11) Erwerbslose in vH der Erwerbspersonen.

ten Einsatzes der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und der im Vergleich zu früheren Zyklen höheren Flexibilität bei den tarifvertraglichen Regelungen deutlich gelockert. Es ist nur schwer abzusehen, in welchem Umfang Unternehmen das damit verbundene Horten von Arbeitskräften im Jahr 2010 beibehalten werden.

## Öffentliche Finanzen: Erheblicher Anstieg der Staatsverschuldung

**101.** Das **Finanzierungsdefizit des Staates** wird sich trotz der leichten konjunkturellen Erholung im Jahr 2010 **weiter erhöhen** (Tabelle 10). Neben einem zusätzlichen Impuls der Fiskalpolitik von etwa 10 Mrd Euro im Vergleich zum Jahr 2009 führt die nunmehr ungünstigere Entwicklung wichtiger makroökonomischer Aggregate zu einem Anstieg des Defizits auf 5,1 vH in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Nachdem die Staatsquote in diesem Jahr aufgrund der Entwicklungen sowohl des Zählers als auch des Nenners deutlich um 3,8 Prozentpunkte zugenommen hat, wird im nächsten Jahr ein weiterer, nunmehr moderater Anstieg auf 47,6 vH zu verzeichnen sein.

Tabelle 10

### Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>1)</sup> Schätzung für das Jahr 2009 und Prognose für das Jahr 2010

Art der Einnahmen und Ausgaben <sup>2)</sup>	2008	2009	2010	2009	2010
	Mrd Euro			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
<b>Einnahmen</b> .....	<b>1 091,8</b>	<b>1 066,3</b>	<b>1 044,6</b>	<b>- 2,3</b>	<b>- 2,0</b>
darunter:					
Steuern .....	592,6	565,1	547,0	- 4,6	- 3,2
Sozialbeiträge .....	408,1	411,5	410,0	+ 0,8	- 0,4
<b>Ausgaben</b> .....	<b>1 090,8</b>	<b>1 138,4</b>	<b>1 169,5</b>	<b>+ 4,4</b>	<b>+ 2,7</b>
davon:					
Vorleistungen .....	106,6	113,0	117,3	+ 6,0	+ 3,8
Arbeitnehmerentgelt .....	172,1	177,0	180,1	+ 2,8	+ 1,7
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,1	64,3	67,6	- 4,1	+ 5,1
Geleistete Transfers .....	675,7	713,3	730,0	+ 5,6	+ 2,4
Bruttoinvestitionen .....	37,4	40,1	47,8	+ 7,1	+19,1
Sonstiges <sup>3)</sup> .....	31,9	30,7	26,8	X	X
<b>Finanzierungssaldo</b> .....	<b>1,0</b>	<b>- 72,1</b>	<b>- 124,9</b>	<b>X</b>	<b>X</b>
Nachrichtlich:					
Staatsquote <sup>4)</sup> .....	43,7	47,5	47,6	X	X
Steuerquote <sup>4)</sup> .....	24,2	24,0	22,7	X	X
Abgabenquote <sup>4)</sup> .....	39,6	40,2	38,1	X	X
Finanzierungssaldo (vH) <sup>5)</sup> .....	0,0	- 3,0	- 5,1	X	X
Schuldenstandsquote <sup>6)</sup> .....	65,9	71,8	75,3	X	X

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Gebietskörperschaften: Bund, Länder, Gemeinden, EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Kinderbetreuungsausbau, Fonds „Deutsche Einheit“, Vermögensentschädigungsfonds, Teile des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds.– 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.– 3) Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.– 4) Ausgaben/Steuern sowie Steuern an die EU/Steuern und Erbschaftsteuer, Steuern an die EU sowie tatsächliche Sozialbeiträge jeweils in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.– 5) In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.– 6) Schulden (in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht)/Ausgaben des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

**102.** Die **Einnahmen des Staates** werden voraussichtlich im Jahr 2010 um 2,0 vH zurückgehen. Die Lohnsteuereinnahmen sinken abermals aufgrund der weiteren Erhöhung des Grundfreibetrags, der Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung und zur Sozialen Pflegeversicherung sowie des Rückgangs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung; das Aufkommen aus den gewinnabhängigen Steuern wird sich infolge von Erstattungen weiterhin schwach entwickeln. Die Umsatzsteuereinnahmen dürften aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit und Vorzieheffekten im Zuge der Abwrackprämie nahezu stagnieren; stabilisierend wirken hier die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer. Trotz einer leichten Zunahme der BLG werden die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen im Prognosezeitraum leicht rückläufig sein. Zum einen wechseln vermehrt Bezieher des Arbeitslosengelds in das Arbeitslosengeld II, sodass die stützende Funktion der Bundesagentur für Arbeit, die 80 vH der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitslosengeld-Bezieher übernimmt, im nächsten Jahr geringer ausfallen dürfte. Zudem ergeben sich weitere Belastungen durch die Reduktion des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung, da dieser erst zur zweiten Jahreshälfte 2009 um 0,6 Prozentpunkte gesenkt wurde. Schließlich wird sich der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung negativ auf die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen auswirken, die in der Summe um 0,4 vH zurückgehen dürften.

**103.** Der Zuwachs der **Staatsausgaben** wird mit einer erwarteten Rate von 2,7 vH im Jahr 2010 weiterhin hoch sein. Die Vorleistungen des Staates werden nochmals aufgrund der Ausweitung von Ausgaben für Bildung und Forschung zunehmen, die unter anderem der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Graduiertenschulen und Exzellenzclustern zugute kommen. Die Investitionsausgaben des Staates werden im nächsten Jahr abermals kräftig angehoben und reflektieren die aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellten Mittel. Unterstellt ist hierbei, dass ein kleiner Teil der Investitionsausgaben erst zeitverzögert im Jahr 2011 realisiert wird. Dagegen werden die sozialen Sachleistungen und die monetären Sozialleistungen im Jahr 2010 nochmals um 3,5 vH beziehungsweise 2,3 vH steigen. Im Vergleich zum Jahr 2009 wird der Zuwachs bei den monetären Sozialleistungen etwas geringer ausfallen, da die Ausgaben im Rahmen der Kurzarbeit sinken, die Renten ab der zweiten Jahreshälfte 2010 nahezu stagnieren werden und der einmalig gewährte Kinderbonus entfällt. Dagegen nehmen die Ausgaben für Arbeitslosengeld und die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Prognosezeitraum zu.

**104.** In der Gesamtbetrachtung werden die öffentlichen Haushalte das nächste Jahr mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von 124,9 Mrd Euro abschließen, wobei allerdings zu beachten ist, dass kurz- und mittelfristig weitere Belastungen durch die umfangreichen Stützungsmaßnahmen des Finanzsektors hinzukommen könnten und etwaige Pläne der neuen Bundesregierung, die mit deutlichen Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben einhergehen, keinen Eingang in die Prognose fanden. Die nunmehr **deutliche Überschreitung** der zulässigen Defizit- und Schuldenstandsquote in der Abgrenzung des **Vertrags von Maastricht** sowie die verfassungsrechtliche Notwendigkeit des Bundes und der Länder, ab dem Jahr 2016 beziehungsweise 2020 in einer konjunkturellen Normallage (nahezu) ausgeglichene Haushalte aufzuweisen, stellen die zukünftige Bundesregierung vor eine gewaltige Herausforderung.